

Autor: Alfred Schmit  
Gesprächspartner: Gerd Landsberg  
Redaktion: Evi Seibert SWR Studio Berlin  
Sendung: Samstag, 10.04.2021, 18.30 - 18.40 Uhr, SWR2

### **SWR Interview der Woche vom 10.04.2021**

SWR: SWR Interview der Woche, am Mikrofon ist Alfred Schmit. Und ich begrüße Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Einen schönen, guten Tag.

G.L.: Guten Tag, Herr Schmit.

SWR: Herr Landsberg, viele deutsche Städte gehen ja mittlerweile eigene Wege in Sachen Corona-Einschränkungen. In Tübingen konnte man zwischenzeitlich Shoppen gehen ohne Maske, Flanieren und im Café draußen die Frühlingssonne genießen. Rostock, Euskirchen, noch mehr Städte gehen Lockerungswege in Eigenregie. Finden Sie das eigentlich gut, wenn die so ganz ihr eigenes Ding machen?

G.L.: Ich finde das sehr gut. Hier zeigt sich, dass man vor Ort häufig Lösungen hat, die auf der Bundes- oder Landesebene noch nicht mal angedacht werden. Ich darf mal darauf hinweisen: Tübingen hat Schnelltests schon in Altenheimen gemacht, da war das keineswegs üblich, sondern nur üblich, wenn sie Symptome hatten. Also vielleicht sollten Bund und Länder noch mehr auch von den Kommunen lernen und das annehmen. Das haben sie auch getan. Wenn Sie in den Beschluss reinschauen von Bund und Ländern, da stehen ja jetzt die Modellregionen. Letztlich ist das abgekupfert. Aber das ist gut, wenn es funktioniert.

SWR: Nächste Woche soll die nächste Bund-Länder-Runde tagen. Da gab es Armin Laschets Forderung nach einem Brücken-Lockdown. Er ist ja ein Parteifreund von Ihnen sozusagen, Sie sind auch in der CDU. Würden Sie sagen, das hat er gut eingefädelt mit dieser Idee, gut vorbereitet? Oder hätte man das besser bahnen müssen?

G.L.: Also ich glaube, man hätte es besser vorbereiten müssen. Eine Brücke können sie doch nur dann bauen, wenn sie das andere Ufer sehen und wissen, wie weit es ist. Und die Frage ist offen. Wir wissen nicht, wie viele Leute müssen geimpft werden, damit tatsächlich die Infektionszahlen zurückgehen. Und es ist ein neuer Begriff, den kann man jetzt gut oder schlecht finden. Aber es wäre schon sinnvoll, solche Dinge dann vorher im Kreise zumindestens der CDU-Ministerpräsidenten und CSU-Ministerpräsidenten abzusprechen.

SWR: Wären auch Sie für einen kurzen, starken Lockdown, so wie Laschet das vorgeschlagen hat?

G.L.: Ich habe damit ein Problem. Was heißt denn das eigentlich? Wir haben doch den Lockdown. Die Geschäfte sind zu, die Schulen sind im Moment zu, weil Ferien sind, was bedeutet das? Also, was sie noch machen können eventuell, sie können den Leuten sagen, noch weniger private Kontakte. Das kann man machen. Aber jeder weiß, man kann es nicht kontrollieren. Das Ordnungsamt geht nicht ins Wohnzimmer, will es nicht, darf es nicht, soll es nicht. Was bleibt dann noch? Die berühmten Ausgangsbeschränkungen? Da höre ich ja den Ruf „am besten bundesweit“. Das ist verfassungsrechtlich ausgesprochen problematisch. Das ist ein ganz schwerer Eingriff in Grundrechte. Das können sie nur machen, wenn sie das konkret begründen. Wenn sie eine hohe Inzidenzzahl haben, also ich sage mal 200 oder noch mehr, dann ist das möglicherweise in Ordnung. Aber flächendeckend in Deutschland halte ich das für nicht juristisch umsetzbar.

SWR: Und wie ist es mit der Drohung der Kanzlerin? Oder sagen wir etwas höflicher, mit dieser ernsthaften Erwägung von Angela Merkel, nämlich per Infektionsschutzgesetz die Sache stärker in die eigene Hand, an die Bundesebene zu ziehen - also den Ländern weniger Macht als dem Bund zu geben in der Corona-Politik? Ist es nicht eine leere Drohung, braucht Angela Merkel dafür nicht auch den Bundesrat - und braucht sie nicht auch für die Umsetzung immer auch die Länder?

G.L.: Genauso ist es. Das würde eine Änderung des Gesetzes voraussetzen. Das ist ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, da sitzen die Länder. Würden die dem zustimmen? Weiß ich nicht. Aber eins kann man sagen - ein solches Gesetz dauert. Die Opposition wird zu Recht sagen „das wollen wir aber bitte schön in den Ausschüssen beraten“. Und deswegen ist das als Ziel für mich nachvollziehbar, aber keine Lösung für die dritte Welle, in der wir uns befinden. Dafür würde das zu lange dauern. Das heißt nicht, dass es deswegen falsch ist. Aber kurzfristig ist das keine Hilfe.

SWR: Wie finden Sie es eigentlich, dass Ihre Partei, die CDU, momentan sehr schlechte Kritiken bekommt dafür, dass sie sich etwa ein Machtvakuum leistet - ohne Kanzlerkandidat, ohne klare Ansage in den Tagen nach dieser missglückten Osterruhe. Müsste die Kanzlerin nicht stärker führen, müsste die Frage, wer Kanzler werden soll, nicht längst geklärt sein?

G.L.: Na ja, das kann man sich wünschen. Aber man muss ja fairerweise auch sagen: In den vielen Monaten der Pandemie stand die Regierung und auch die CDU in den Umfragen super da, also mit weitem Abstand vor den anderen Parteien. Das, ich nenne das mal so, bröckelt jetzt. Und da spielt vielleicht auch eine Rolle, dass die Menschen müde sind und dass vieles auch nicht so klappt, wie wir uns das wünschen. Wir sind halt nicht der Weltmeister in der Pandemiebekämpfung. Aber in der Kreisklasse spielen wir auch nicht. Ich glaube, das ist vorübergehend. Wenn die Impfungen tatsächlich in großem Umfang zunehmen - und das hoffen wir - wird die Situation anders sein. Und sicherlich wird die Entscheidung, wer ist Kanzlerkandidat der CDU, in den nächsten Tagen oder wenigstens Wochen sicher auch entschieden.

SWR: Das mit den leeren Kassen in den Kommunen ist ja auch für die, ich sag mal, für die Nutzerinnen und Nutzer schlecht. Denn viele sind ja mit einer Jahreskarte vom ÖPNV durch die Gegend gefahren und konnten sie gar nicht benutzen. Was halten Sie von der Idee, dass die Leute mit den Jahreskarten Geld zurückbekommen sollen?

G.L.: Ich kann das gut verstehen. Aber ich muss auch offen sagen, dass es natürlich dem öffentlichen Personennahverkehr sehr schlecht geht. Die Auslastung liegt teilweise bei unter 50 Prozent, wenn es ganz gut läuft, knapp über 60. Das heißt, wir werden auch weiter Mittel des Bundes und der Länder brauchen, um diesen ganz wichtigen Baustein auch für die Verkehrswende aufrechtzuerhalten.

Da sehe ich jetzt nicht furchtbar viel Spielraum, auch noch diese Karten oder ein Teil des Geldes zurückzuzahlen.

SWR: Busse und Bahnen sind ja viel weitergefahren in der Corona-Krise, ohne Leute da drin. Kosten entstehen. Keine Einnahmen kommen herein. Das Gleiche bei Schwimmbädern. Da gäbe es noch mehr Beispiele. Wer rettet denn die Städte vor der Pleite? Wollen Sie einen zweiten Rettungsschirm, wie es den vergangenen Jahr schon mal gab?

G.L.: Also ich halte einen zweiten Rettungsschirm für unverzichtbar. Das hat ja im letzten Jahr gut funktioniert. Die Einnahmen brechen jetzt ja weiter ein. Im Mai kommt die nächste Steuerschätzung. Die wird nicht sehr komfortabel für uns ausfallen. Gleichzeitig haben wir viel mehr Ausgaben für die Gesundheitsämter, für Ordnungsämter, für die Ertüchtigung der Schulen. Das sind ja immense Summen, wenn man das bundesweit zusammenrechnet. Und wir haben eine wichtige Rolle in der Pandemie - übrigens mit großer Zustimmung der Bevölkerung. Noch nie waren die Menschen ihrer Stadt, ihrer Gemeinde gegenüber so positiv eingestellt wie jetzt. Und das ist ein wichtiges Kapital, aber eben auch eine Herausforderung. Die Menschen erwarten da auch ihre Lösungen. Und deswegen hoffe ich sehr, dass es einen weiteren Rettungsschirm gibt. Nicht nur für die Gewerbesteuerausfälle, sondern natürlich auch für unsere Anteile an der Einkommenssteuer, damit wir die notwendigen Investitionen tätigen können.

SWR: Sie fordern neuerdings, die Kommunen müssten mehr tun für besseren Klimaschutz. Was kann das denn sein auf Ihrer Ebene, jetzt mal abgesehen davon, dass man vielleicht alle städtischen Gebäude mit Solaranlagen ausrüsten könnte oder mit grünen Dächern?

G.L.: Also Klimaschutz findet vor Ort statt. Das heißt nicht nur, dass die Stadt ihre eigenen Dächer begrünt, sondern dass sie die Menschen mitnimmt und überzeugt. Wenn das vor Ort scheitert, scheitert es insgesamt. Das gilt für alle Bereiche. Das gilt für die Verkehrswende, das gilt für ökologisches Bauen, das gilt für Grünflächen in der Stadt. Und ich glaube, das Augenmerk darauf muss deutlicher werden. Und ich halte es für unverzichtbar, dass wir ein Klimaschutz-Beschleunigungsgesetz bekommen. Denn alles, was wir für den Klimaschutz tun und tun wollen, dauert zu lange, ist zu kompliziert und zieht sich über Jahre hin. Und die Klimaveränderung wartet nicht. Und deswegen fände ich es super, wenn sowohl die Länder wie der Bund ein solches Gesetz auf den Weg bringen würden. Mit folgender Voraussetzung: natürlich muss erst mal festgestellt werden, dieses Vorhaben dient dem Klimaschutz. Das kann der Radweg sein, das kann die Windenergieanlage sein. Das kann auch das Bohren eines Tiefbrunnens sein, um die Klimaanpassung im Hinblick auf Wassermangel aufzufangen. Wir bauen einen Radweg, der ist am Rande einer Straße, da wird eine Grünfläche in Anspruch genommen. Muss es dafür noch wieder einen Ausgleich geben naturschutzrechtlich? Und ich finde, da müssen wir anders vorgehen und die Klimaschutzaktivitäten besser, deutlicher und mutiger privilegieren.

SWR: Gegen Ende vielleicht noch eine Frage der politischen Art. In ein paar Monaten ist Bundestagswahl, unweigerlich. Was muss denn eine neue Regierung aus Ihrer Sicht, sagen wir mal zuerst und zuvorderst anpacken?

G.L.: Ich glaube eine neue Bundesregierung muss zuerst anpacken, dass die Wirtschaft wieder ans Laufen kommt, dass die Arbeitslosigkeit sinkt und nicht weiter steigt. Ein Beispiel: Der Einzelhandel rechnet damit, nach der Pandemie werden 82.000 Einzelhandelsgeschäfte in Deutschland geschlossen haben. Dahinter stehen 450.000 Arbeitsplätze. Das wird in anderen Bereichen auch sein. Also Wirtschaft und Finanzen werden im Vordergrund stehen. Und die Schwächen, die die Pandemie gezeigt hat. Also Digitalisierung voranbringen, Katastrophenschutz optimieren. Das werden die zentralen Fragen sein. Und das wird nur mit den Kommunen und niemals gegen uns funktionieren.

SWR: Und die Kanzlerin, die nicht mehr antritt. Sie haben ja sicherlich auch Frau Merkel in etlichen Sitzungen und auch sonst mal persönlich erlebt. Würden Sie Ihr was zurufen, zum Schluss, auf dem Weg zum Amt hinaus?

G.L.: Ich würde sagen, wir werden sie vermissen.

SWR: Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, vielen Dank für das Gespräch.

G.L.: Bitte schön, Herr Schmit.